

HANDWERKSPOLITISCHE POSITIONEN DER PARTEIEN ZUR LANDTAGSWAHL 2017 IN NIEDERSACHSEN

FRAGEN	CDU	SPD	FDP	DIE LINKE.	DIE GRÜNEN	AfD
1. Werden Sie zusammen mit der niedersächsischen Handwerksorganisation einen umfassenden und konkreten Masterplan über die verschiedenen handwerksrelevanten Politikbereiche zur Stärkung des Handwerks erarbeiten?	Ja. Der Mittelstandsbeauftragte der Landesregierung wird zusammen mit den Handwerkskammern ein umfassendes Handlungskonzept mit konkreten Maßnahmen zur Stärkung von Mittelstand und Handwerk in unserem Land erarbeiten.	Ja. Klares Ja zum Masterplan mit folgenden Elementen: Meisterausbildung kostenfrei, Innovationsförderung fortsetzen, Fachkräftesicherung aktiv unterstützen (z.B. durch „Flüchtlinge ins Handwerk bringen“), Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 weiterführen.	Ja. Für uns Freien Demokraten haben das Handwerk und die duale Ausbildung einen besonderen Stellenwert. Deshalb werden wir uns gerne mit den Institutionen und Organisationen des Handwerks zusammensetzen, um an einem Masterplan zur Stärkung des Handwerks mitzuwirken. In unseren Augen ist die Politik für das Handwerk da und nicht umgekehrt.	Keine Position. DIE LINKE ist selbstverständlich gern bereit, die Forderungen und Positionen des niedersächsischen Handwerks gemeinsam zu diskutieren und für einen Masterplan aufzubereiten. Nicht in allen, aber doch in vielen Politikbereichen sollte es übereinstimmende Sichtweisen geben.	Keine Position. Wir Grünen sehen im Handwerk einen verlässlichen und wichtigen Partner. Deswegen haben und werden wir uns weiter für die Belange des Handwerks nachdrücklich einsetzen. Als aktuelle Herausforderungen sehen wir weiterhin die Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie die Unterstützung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen.	Trotz mehrfacher Nachfrage lagen bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe keine Antworten der AfD vor.
2. Werden Sie dafür Sorge tragen, dass die unzureichende Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen zumindest auf das Niveau des Gymnasiums angehoben wird?	Ja. Die Unterrichtsversorgung muss in ganz Niedersachsen flächendeckend gesichert sein. Das gilt sowohl für allgemeinbildende als auch für berufsbildende Schulen.	Ja. Berufliche Bildung braucht engagierte Lehrkräfte. Dafür wird die Lehrerbildung forciert, der Quereinstieg erleichtert, der NC bei Bedarfsfächern im Übergang vom Bachelor zum Master abgeschafft. Die Unterrichtsversorgung soll auf 100% an den Berufsschulen verbessert werden.	Ja. Wir statten die Berufsschulen personell und sachlich so aus, dass sie die Ausbildung im Betrieb professionell unterstützen und ergänzen können. Wir stellen sicher, dass auch bei Engpässen fachgerechter Unterricht gewährleistet ist. Für Quereinsteiger richten wir Ausbildungsmodulare für Pädagogik ein.	Ja. DIE LINKE fordert eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), in der die Verbesserung der Ausbildungsqualität in den Mittelpunkt gerückt und ein Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.	Keine Position. Antwort: Um dem Lehrermangel zu begegnen, wollen wir den Beruf für Quereinsteiger attraktiver machen. Zudem muss es ein landesweit abgestimmtes Verfahren zum Stellenausgleich geben, um möglichst wenige Stellen unbesetzt zu lassen. Die Eigenverantwortlichkeit der regionalen Kompetenzzentren im Bereich der Stellenbesetzung muss dabei erhalten bleiben.	
3. Werden Sie sicherstellen, dass zur Vermeidung der überzogenen bürokratischen Anforderungen der EU-Ebene die Landesmittel zur Finanzierung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) in Höhe der bisherigen ESF-Mittel aufgestockt werden?	Ja. Die CDU hat sich bereits 2016 hierfür eingesetzt (Landtags-Drucksache 17/5829), konnte hierfür im Oktoberplenar 2016 jedoch leider keine Mehrheit erringen. Wir werden im Falle einer Regierungsbeteiligung einen neuen Anlauf starten.	Ja. Wir werden uns dafür einsetzen, die bürokratischen Hürden bei Verwaltung, Verwendung und Abrechnung europäischer Fördermittel in der nächsten EU-Förderperiode noch weiter abzubauen. Wir wollen, dass die ÜLU auch über die aktuelle EU-Förderperiode bis 2020 hinaus gefördert wird.	Ja. Wir Freien Demokraten sehen in der dualen Ausbildung und im Meisterbrief zwei wesentliche und nachhaltige Faktoren zur Sicherung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen diese Faktoren stärken. Deshalb werden wir uns für die Aufstockung der Landesmittel zur Finanzierung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung einsetzen.	Keine Position. DIE LINKE wird diese Forderung wohlwollend prüfen.	Nein. Es stehen weiterhin 6 Mio. € zur Verfügung, um junge Auszubildende zu unterstützen. Die dauerhafte Finanzierung, auf dem gleichen Niveau wie in den Jahren zuvor, ist damit trotz erheblichen Rückgangs von EU-Mitteln sichergestellt.	
4. Wie stehen Sie zur Korrektur der Fehler der HWO-Novelle 2004? Werden Sie sich für die Meisterprüfung als Zugangsvoraussetzung für die Betriebsgründung einsetzen?	Keine Position: Da es sich hierbei um eine bundesgesetzliche Regelung handelt, haben wir diese im Regierungsprogramm für die Landtagswahl nicht angesprochen.	Ja. Wir werden die HWO mit aller Kraft verteidigen. Die HWO-Reform von 2004 hat zu einem deutlichen Einbruch der Ausbildungsaktivitäten geführt. Die Meisterprüfung ist der Garant für die Qualität der Arbeit der Handwerksbetriebe und der Garant für die qualifizierte duale Ausbildung.	Ja. Die HWO-Novelle 2004 war ein Fehler und darf sich nicht wiederholen. Wir Freien Demokraten sehen in der Meisterausbildung ein sehr gutes Instrument, um eine Betriebsgründung solide, sicher und nachhaltig zu gewährleisten. Auch für die berufliche Ausbildung junger Menschen und zur Sicherung von Fachkräften ist für uns eine Meisterin oder ein Meister, auf Grund der Meisterausbildung, prädestiniert. Wir brauchen mehr Meisterinnen und Meister und nicht weniger!	Ja. DIE LINKE unterstützt nachdrücklich den Erhalt und die Stärkung des Meisterbriefs sowie die Rücknahme gescheiterter Liberalisierungen.	Keine Position. Die HWO-Novelle hatte das Ziel, das Handwerk zu stärken, Existenzgründungen zu erleichtern, Arbeitsplätze zu sichern und Schwarzarbeit zu bekämpfen. Im Ergebnis stieg die Zahl der Betriebe im zulassungsfreien Handwerk. Eine umfassende Evaluierung der HWO-Novelle liegt jedoch bis heute nicht vor.	
5. Werden Sie eine Meisteroffensive starten und eine Kostenübernahme für die Meisterausbildung, vergleichbar mit der des Studiums, übernehmen und die Einführung einer unbürokratischen Meisterprämie für die Betriebsgründung vorsehen?	Ja. Wir werden eine sogenannte Meisteroffensive starten. Dazu gehören die Übernahme aller Kosten der Meisterausbildung sowie eine Meistergründungsprämie in Höhe von 7.500 Euro für die Betriebsgründung.	Ja. Die Kosten für Meisterkurse und Prüfungsgebühren müssen komplett wegfallen. Solange das nicht der Fall ist, wollen wir die Meisterprüfung mit Landesregelungen attraktiver und möglichst kostenfrei machen. Das Meister-Bafög muss darüber hinaus erhalten bleiben.	Ja. Für uns Freien Demokraten ist ein Meister genauso wertvoll wie ein Master! Wir werden uns deshalb für die Befreiung der Meisterausbildung von den Lehrgangs- und Prüfungsgebühren einsetzen. Die FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat im August 2017 eine erste Initiative, Drucksache 17/8548, in diesem Sinne erfolgreich eingebracht. Nun gilt es, dieses Ziel auf der Bundesebene weiterzuverfolgen.	Ja. DIE LINKE will das Meister-Bafög ausbauen und den tatsächlichen Lebenshaltungskosten anpassen. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass der Bund die volle Höhe der AFBG-Kosten übernimmt und die Länder dadurch finanziell entlastet.	Ja. Das Erlangen von Meisterabschlüssen soll künftig kostenlos möglich sein, da die Gebühren bisher Ausbildungsberufe gegenüber dem Studium benachteiligen. Mit der Meistergründungsprämie können Handwerksmeister zur Gründung oder Übernahme eines Betriebes einen Zuschuss von mehreren tausend Euro bekommen.	
6. Die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge und die anlasslosen Kontrollen im Nahrungsmittelbereich sind für das Handwerk besonders ärgerliche bürokratische Belastungen. Werden Sie den Bürokratieabbau ganz oben auf Ihre politische Agenda setzen?	Ja. Wir werden einen Bürokratie-TÜV einführen, der Gesetze auf ihre Bürokratiekosten überprüft, Vorschläge zur Entbürokratisierung erarbeitet und Melde- und Dokumentationspflichten verringert. Wir werden die Gebühren für anlasslose Kontrollen, die zu keinen wesentlichen Beanstandungen geführt haben, abschaffen. Beim Thema Sozialversicherungsbeiträge bleibt die CDU am Ball.	Ja. Die SPD will den hohen bürokratischen Aufwand für Handwerker verringern, ohne dabei die Qualität der Leistungen und die Schutzstandards für Arbeitnehmer/innen und Verbraucher/innen zu beeinträchtigen. Bisher ist eine Reihe von Versuchen auf Bundesebene leider erfolglos geblieben.	Ja. Bürokratievermeidung und -abbau ist ein Leitmotiv der Freien Demokraten. Wir wollen einen unkomplizierten Staat und so das freie und leichte Wirtschaften ermöglichen. Wir sprechen uns gegen jede Gängelung von Unternehmen aus. Wir setzen uns z.B. auch für die Änderung des Fälligkeitstermins zur Abführung der Sozialversicherungsbeiträge ein, damit der doppelte Abrechnungsaufwand beendet wird.	Ja. Im Bundestag hat DIE LINKE wiederholt gefordert, die zehn aufwendigsten Verfahren für kleine und mittlere Unternehmen zu identifizieren und so zu vereinfachen, dass kaum noch jemand ein Problem hat. Zig Millionen Stunden unnötiger Nerven und Belästigung könnten verschwinden.	Keine Position. Bürokratie darf nie Selbstzweck, sondern muss sachlich begründet sein: So ist es angesichts des hohen Recyclingpotenzials unverzichtbar, Abfälle und Wertstoffe getrennt zu sammeln. Gleichzeitig fordern wir Entlastungen etwa durch die Abführung der Sozialbeiträge im Folgemonat oder der Abführung der Umsatzsteuer, nachdem der Kunde bezahlt hat.	
7. Werden Sie sich für die Rücknahme der Ausweitung der – im Handwerk wie eine zweite Gewerbesteuer wirkenden – Fremdenverkehrsabgabe (Tourismusabgabe) einsetzen?	Keine Position. Die CDU wird sich dafür einsetzen, den Anwendungsbereich der Tourismusabgabe anzupassen, um die finanziellen Zusatzbelastungen von Mittelstand und Handwerk spürbar zu reduzieren.	Nein. Die Fremdenverkehrsabgabe wird von niedersächsischen Gemeinden kaum erhoben. Ziel ist es, den Tourismus als wichtigen Wirtschaftszweig zu stärken und auch das regionale Handwerk zu unterstützen. Allerdings halten wir eine Überprüfung der Auswirkungen im nächsten Jahr für dringend erforderlich.	Ja. Wir lehnen diese zusätzliche Belastung entschieden ab. Die Fremdenverkehrsabgabe ist nur ein weiteres bürokratisches Instrument, das dazu führt, dass Betriebe zusätzliche Arbeitskräfte einstellen müssen. Kosten und Ertrag stehen dabei nicht im Verhältnis.	Nein. Die Fremdenverkehrsabgabe liegt in der Zuständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung. Diese wollen wir stärken. Es obliegt jeder Gemeinde selbst, die Mehrbelastungen für die heimische Wirtschaft abzuwehren und den infrastrukturellen Mehrbelastungen der Gemeinde durch Reisende gegenüberzustellen.	Nein. Mit der Änderung des NKAG ist es allen touristisch geprägten Kommunen erlaubt, einen Tourismusbeitrag einzuführen, um in den Aufbau und den Erhalt der touristischen Infrastruktur zu investieren oder etwa den ÖPNV zu fördern. Die kostenträchtige kommunale Tourismusförderung wird so auf eine stabilere finanzielle Grundlage gestellt.	
8. Werden Sie die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen, die in Konkurrenz zu Handwerksleistungen stehen, zurückführen auf den Stand vor der Gesetzesänderung 2016?	Nein. Wir werden dafür Sorge tragen, dass eine wirtschaftliche Betätigung von Kommunen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führt und damit zulasten des Mittelstands geht. Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen muss auf Augenhöhe und ohne Diskriminierung einer Seite erfolgen.	Nein. Wir werden eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem örtlichen Handwerk fördern. Wir wollen Investitionen mit EU-, Bundes- oder Landesmitteln durch lokale oder regionale Handwerksbetriebe umsetzen. Ziel ist eine Stärkung des regionalen Handwerks.	Ja. In unseren Augen ist die Ausdehnung der Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen ein großer Fehler. Das entspricht weder den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, noch ist es Daseinsvorsorge. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kommunen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Unser Leitbild ist der starke aber schlanke und effiziente Staat.	Nein. Die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen ist im Sinne der Daseins- und Zukunftsvorsorge unverzichtbar.	Nein. Wir haben den Kommunen die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung zurückgegeben, die schwarz-gelb unter dem Mantra der Privatisierung massiv beschnitten hatte. Damit haben wir die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Daseinsvorsorge unterstützt. Diese Linie werden wir auch künftig vertreten.	
9. Werden Sie zur Sicherung des Wirtschafts- und Verkehrsverkehrs sicherstellen, dass Handwerksfahrzeuge zumindest im Rahmen einer angemessenen Übergangsfrist von jeglichen Fahrverboten ausgenommen werden?	Ja. Die CDU wird sich dafür einsetzen, Fahrverbote zu verhindern und Übergangsfristen großzügig auszulegen. Wir halten nichts von der Einführung der Blauen Plakette. Aus unserer Sicht ist die verstärkte Nutzung von Verkehrs- und Parkleitsystemen wesentlich besser geeignet, konkrete Verbesserungen zu erzielen.	Ja. Wir sehen uns sogar in der Pflicht, großflächige und pauschale Fahrverbote zu verhindern. Bürger/innen sowie Handwerker/innen dürfen nicht unter den Folgen manipulierter Abgaswerte oder neuer Grenzwerte bei Dieselfahrzeugen leiden. Die Handwerksbetriebe haben uns dabei auf ihrer Seite.	Ja. Wir Freien Demokraten sprechen uns gegen jede Art von Fahrverboten aus. Für uns sind Mobilität, der wirtschaftliche Austausch und eine effiziente Arbeitsteilung von großer Bedeutung. Anstatt kleine und mittlere Unternehmen zu gängeln, treten wir für den Ausbau einer leistungsfähigen und bedarfsgerechten Infrastruktur, für eine intelligente Verkehrssteuerung, Veränderungen bei den Lieferverkehren („Green-Logistic“) und für die Umstellung des ÖPNV auf emissionsarme Fahrzeuge ein. Wir sprechen uns auch gegen jede Art einer Bemaßung von Handwerksfahrzeugen aus.	Ja. Übergangsfristen sind zwingend geboten. Die Autoindustrie muss zur Verantwortung und zum Schadenersatz gezwungen werden. Die Mausechelle der Union und der SPD mit den Konzernvorständen ist ein Skandal.	Ja, wenn Gerichte nicht anders entscheiden: Um Fahrverbote zu verhindern, sind die Automobilhersteller in der Pflicht, Fahrzeuge so nachzurüsten, dass sie die vorgeschriebenen Werte einhalten. Der Bund muss die Einhaltung der Grenzwerte durchsetzen und wirksam kontrollieren. Ein weiterer Baustein sind Sofortprogramme zur Förderung des umweltfreundlichen Verkehrs.	
10. Zur Herstellung einer Abgabengerechtigkeit müssen die GEZ-Gebühren, die gerade Kleinbetriebe besonders diskriminieren, neu gestaffelt werden. Werden Sie sich dafür auf Bundesebene einsetzen?	Ja. Wir werden das System der Rundfunkbeiträge evaluieren, um Mehrbelastungen für Mittelstand und Handwerk zu reduzieren. Dazu gehört auch eine Berichtigung der Betriebsstättenabgabe, insbesondere der sogenannte Kfz-Beitrag. Kleinere Unternehmen dürfen nicht stärker als größere belastet werden.	Ja. Kleinbetriebe profitieren schon jetzt dadurch, dass das Arbeitszimmer in der Wohnung nicht mehr mit einer Gebühr belegt ist. Das betrifft auch die Kleinselbstständigen. Dennoch werden wir auch zukünftig Debatten über neue Staffellungen und Modelle zum Rundfunkbeitrag anregen und unterstützen.	Ja. Der Rundfunkbeitrag sollte sich an den Empfehlungen der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten orientieren. Das bedeutet, dass Überschüsse konsequent in die Senkung der Rundfunkbeiträge und nicht in die Schaffung von Rücklagen fließen. Unfaire Doppelbelastungen im Rahmen der Haushalts- und Betriebsstättenabgabe wollen wir abschaffen.	Ja. DIE LINKE hat von Anfang an die pauschalisierte und deshalb in vielerlei Hinsicht falsche Festlegung der Rundfunkbeiträge kritisiert.	Keine Position. In der aktuellen Legislaturperiode haben sich die Grünen für Ausnahmen für Unternehmen stark gemacht. So kann der Beitrag seit diesem Jahr auch pro Stelle abgerechnet werden. Dadurch können sich Einsparungen für Betriebe mit vielen Teilzeitkräften ergeben.	